

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 1/2026

2. Juni 2026



Liebe Leserinnen und Leser,

das ist mein erster Newsletter nach der Landtagswahl, bei der wir mit 5,5 Prozent ein erschütterndes Ergebnis eingefahren haben. Wir haben es gerade noch in den Landtag geschafft und lagen deutlich unter den ohnehin nicht guten Prognosen.

Ich habe für dieses schlechte Ergebnis Verantwortung übernommen und noch am Wahlabend meinen Rücktritt von Fraktions- und Parteispitze angekündigt. Das ist mir alles andere als leicht gefallen. Doch wir brauchen einen Neuanfang – dafür mache ich den Weg nach zehn Jahren an der Fraktionsspitze und fast acht Jahren als SPD-Landesvorsitzender frei. Dass diese Zeit trotz aller Schwierigkeiten eine gute Zeit war, verdanke ich vor allem Euch, liebe Genossinnen und Genossen. Ich danke für Euer Vertrauen, Eure Unterstützung, Eure Kritik, Eure Ideen und Eure Überzeugung für unsere gemeinsame Sache. Es war mir eine Ehre, so lange und in so wichtigen Positionen mit Euch und für Euch arbeiten zu dürfen.

Der Wechsel in der Fraktion ist vollzogen, den Vorsitz unseres Landesverbands gebe ich beim kommenden Landesparteitag in Ulm am 20. Juni ab. Wir brauchen eine personelle Neuaufstellung in der SPD und der werde ich nicht im Wege stehen. Doch wende ich mich keinesfalls von der Sozialdemokratie ab. Ich glaube nach wie vor fest an meine Partei, an soziale Gerechtigkeit und Solidarität, an wirtschaftlichen Erfolg und technologischen Fortschritt, der aber an Menschlichkeit und Toleranz

gekoppelt sein muss. Als Abgeordneter werde ich mich weiter für meinen Wahlkreis stark machen. Als Mitglied des Ständigen Ausschusses werde ich die SPD zukünftig im Landtag vertreten. Ich werde Medienpolitischer Sprecher der Fraktion sein und mich auch als Sportpolitischer Sprecher für die Belange des Sports und der vielen engagierten Sportvereine im Land einsetzen. Auf diese Arbeit freue ich mich ganz besonders.

Mit zehn von 157 Abgeordneten sind wir neben einer erschreckend erstarkten AfD die einzige demokratische Oppositionspartei im neuen Landtag. Dennoch werden wir uns der Aufgabe stellen und die Arbeit der grün-schwarze Landesregierung konsequent und kritisch prüfen. Wir werden laut und vehement auf Fehler und Versäumnisse hinweisen und Veränderungen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Land einfordern. Wir wollen aber keine Fundamentalopposition sein, vielmehr werden wir richtige Entscheidungen und gute Lösungsansätze der Regierungsfractionen unterstützen und gegebenenfalls mittragen. In jedem Fall werden wir aufpassen, dass sich Grün-Schwarz nicht allzu bequem in der dritten Auflage ihrer Regierung einrichtet.

Zugegeben: Die Lage der SPD ist insgesamt nicht gut – weder im Bund noch im Land. Doch die SPD ist nicht allein unsere Fraktion im Landtag. Die SPD ist stark in Gemeinderäten und Kreistagen. Wir haben erfolgreiche Bürgermeister und Oberbürgermeister. Hier können wir Wahlen gewinnen und sozialdemokratische Politik vor Ort gestalten. Grundlage dieses Erfolgs ist die tägliche Arbeit und das großartige Engagement in den Ortsvereinen und Kreisverbänden. Auch wenn unsere gemeinsame Sache durch das Landtagswahlergebnis in fürchterlicher Weise zurückgeworfen wurde, müssen und werden wir als SPD weiter für unsere Ziele kämpfen. In diesem Sinne wünsche ich Euch auch heute eine interessante Lektüre.



Euer Andreas Stoch

Die neue SPD-Landtagsfraktion

Sascha Binder (*1983) im Landtag seit 2011 für den Wahlkreis Geislingen, Fraktionsvorsitzender und Mitglied im Petitionsausschuss und Notparlament



Nicolas Fink (*1976) im Landtag seit 2019 für den Wahlkreis Esslingen, Mitglied im Finanz- und im Europa-ausschuss



Dr. Stefan Fulst-Blei (*1968) im Landtag seit 2011 für den Wahlkreis Mannheim I, Mitglied im Wirtschaftsausschuss



Simone Kirschbaum (*1974) im Landtag seit 2024 für den Wahlkreis Backnang, Mitglied im Wohnungs- und im Petitionsausschuss



Dr. Dorothea Kliche-Behnke (*1981) im Landtag seit 2021 für den Wahlkreis Tübingen, stellv. Fraktionsvorsitzende und Parlamentarische Geschäftsführerin, Mitglied im Sozial- und im Wahlprüfungsausschuss



Viviane Sigg (*1980) im Landtag seit 2026 für den Wahlkreis Freiburg II, stellv. Fraktionsvorsitzende, Mitglied im Verkehrs- und im Landwirtschaftsausschuss



Katrin Steinhülb-Joos (*1966) im Landtag seit 2021 für den Wahlkreis Stuttgart IV, Mitglied im Bildungsausschuss



Andreas Stoch (*1969) im Landtag seit 2009 für den Wahlkreis Heidenheim, Mitglied im Ständigen Ausschuss



Dr. Boris Weirauch (*1977) im Landtag seit 2016 für den Wahlkreis Mannheim II, stellv. Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Innen- und im Umweltausschuss und im Parlamentarischen Kontrollgremium



Annkathrin Wulff (*1986) im Landtag seit 2026 für den Wahlkreis Pforzheim, Mitglied im Finanz- und im Wissenschaftsausschuss



Aussprache zur Regierungserklärung

In der 5. Sitzung des neuen und damit 18. Landtags von Baden-Württemberg am 21. Mai reagierten die Fraktionen auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Cem Özdemir am Vortag und setzten sich in der Debatte mit den Plänen der neuen grün-schwarzen Landesregierung kritisch auseinander.

Der neue Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion **Sascha Binder** wünschte der neuen Landesregierung im Namen seiner Fraktion aufrichtig viel Erfolg – nicht aus Höflichkeit oder parlamentarischer Folklore, sondern weil elf Millionen Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg einen Anspruch darauf haben, dass es ihnen in fünf Jahren besser geht als jetzt. Dabei betrachte er die Arbeit seiner Fraktion nicht als Opposition gegen alles, sondern als Opposition, die an der Seite der Menschen steht für den Fall, dass die Landesregierung ihre Ankündigungen nicht einhalte oder ihre Versprechen vergesse. Es sei nicht entscheidend, was im Koalitionsvertrag steht, sondern was tatsächlich passiert. „Denn was ist denn bisher passiert in dieser Regierung“, fragte Binder. „19 Abgeordnete aus den Regierungsfractionen haben den Ministerpräsidenten nicht gewählt. Da ist noch viel Luft nach oben.“ Statt Verantwortungsbewusstsein bewiesen diese Abgeordneten vielmehr Anspruchsdenken und persönliche Eitelkeiten. Auch wie mit der „Zweiten Frau im Land“ umgegangen wurde, kritisierte Binder scharf und dankte der früheren Landtagspräsidentin Aras herzlich für ihre Arbeit: „Sie haben dem Parlament ein neues Gesicht und den ein oder anderen neuen Schwerpunkt gegeben.“

Wie schon in der Vorgängerregierung seien wieder viele gute Dinge in den Koalitionsvertrag geschrieben worden, die dann alle unter Finanzierungsvorbehalt gestellt wurden – außer der eigenen Regierungsposten. Es werde viel über Bürokratieabbau und Verschlinkung gesprochen, aber man habe verpasst, bei sich selbst anzufangen. Wirtschaft werde zwar als Thema Nummer eins im Koalitionsvertrag benannt. Doch warum schaffe man dann kein starkes Ministerium und mache es zur Chefsache, sondern gliedere das wichtige Thema Arbeit aus und nimmte den Energiesektor nicht dazu? Es werde vergessen, mit wem man die Wirtschaft wieder stark machen möchte: „Die Beschäftigten spielen eine sehr untergeordnete Rolle im Koalitionsvertrag. Aber dieses Land ist stark geworden, weil Arbeitgeber und Arbeitnehmer Respekt voreinander haben und alle jeden Tag ihren Beitrag zum Erfolg leisten. Es gab Zeiten, da war man stolz auf diese Sozialpartnerschaft. Dahin sollten wir wieder zurückkehren“, forderte Binder.

In seiner Regierungserklärung habe der Ministerpräsident anhand seiner Vita gezeigt, dass Bildungserfolg nicht vom Zufall abhängen dürfe, sondern dass alle Kinder gute Chancen erhalten müssen. Denn Bildung entscheide nicht nur über den Erfolg im Leben, sondern auch darüber, wie innovativ unser Land in Zukunft sein wird und ob unsere Demokratie weiterhin funktioniert. Deswegen sei enttäuschend, wie wenig dazu im Koalitionsvertrag steht. Doch Grün-Schwarz wolle die notwendigen Entscheidungen in der Bildungspolitik gar nicht treffen. Auch die essentielle Frage des Wohnens habe keine Priorität. Das zeige allein die letzte Mietpreisbremse, die Mannheim und Konstanz ausnimmt. Die SPD werde genau hinschauen, ob die Wohnungssituation in fünf Jahren eine andere sein wird. Auch am Klimaschutzziel 2040 halte man fest, aber Grün-Schwarz glaube doch selbst nicht daran. Was das Land beim Ausbau der erneuerbaren Energien betreibe, sei alles andere als aktive Klimapolitik.

Das Leben finde in den Städten und Gemeinden statt. Dort gebe es große Finanzierungsprobleme und diese werden die härtesten Auswirkungen auf unseren sozialen Zusammenhalt im Land haben. Die neue Landesregierung müsse hier stärker unterstützen und habe mit einer Zweidrittelmehrheit die riesige Chance, die Landesverfassung so zu ändern, dass das Prinzip der Konnexität konkret geregelt wird: Wer bestellt, bezahlt. Auch die innere Sicherheit sei für das Zusammenleben wichtig und habe viel mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. „Alle unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Schutz – vor allem die, die sich nicht selbst schützen können“, betonte Binder und verwies auf die große Errungenschaft des letzten Landtags, gemeinsam Maßnahmen gegen die zunehmende Partnergewalt im Land durchgesetzt zu haben. Damit sei viel Vertrauen in den Staat geschaffen worden. Manchmal sei aber auch interessant, was nicht im Koalitionsvertrag stehe, z.B. die Abschaffung von Studiengebühren für ausländische Studierende, die Mobilitätsgarantie oder die Sanierung des Stuttgarter Staatstheaters. Dafür finde sich das Wort „prüfen“ ganze 89 Mal darin. Grün-Schwarz habe schon zehn Jahre lang gemeinsam regiert, was wolle man noch prüfen? Die neue Landesregierung müsse jetzt endlich ins Machen kommen. „Sie haben einen großen Vertrauensvorschuss darauf, in den nächsten Jahren Erfolg zu haben – nicht um Ihrer selbst willen, sondern für dieses Land und diese Demokratie! Denn nichts ist schlimmer für die Demokratie als Enttäuschung. Nichts hilft denen mehr, die unsere Demokratie verächtlich machen wollen. Wir als SPD werden Sie überall unterstützen, wo Sie richtige Antworten finden“, bot der SPD-Fraktionschef an.

Carlo-Schmid-Preis für Maja Göpel

Ihren diesjährigen Preis hat die Carlo-Schmid-Stiftung am 8. Mai in der Aula der Universität Mannheim an die Transformationsforscherin Prof. Dr. Maja Göpel für ihren herausragenden Einsatz für Wissenschaft, öffentliche Aufklärung und den faktenbasierten gesellschaftlichen Dialog verliehen. Der Preis wird seit 1989 an Persönlichkeiten oder Organisationen verliehen, die sich in besonderer Weise um die Weiterentwicklung des demokratischen Rechtsstaats und der liberalen politischen Kultur verdient gemacht haben. Als SPD-Landesvorsitzender und Vorsitzender des Kuratoriums der Carlo-Schmid-Stiftung war es mir eine Ehre, den Preis an Maja Göpel zu überreichen: „In einer Zeit, in der der Gegenwind größer wird, ist es ein wichtiges Statement, diesen Preis gerade jetzt zu verleihen. Denn wir dürfen nicht stehen bleiben – wir müssen uns gemeinsam bewegen angesichts globaler Aufgaben und Herausforderungen. Besonders in Deutschland erleben wir derzeit einen Widerspruch: Wir rufen immer lauter nach Reformen, tun uns aber zugleich mit jedem noch so kleinen Schritt immer schwerer.“ In seiner Laudatio hob Bundespräsident a.D. Christian Wulff Maja Göpels Rolle für die demokratische Gesellschaft hervor: „Wenn eine Gesellschaft in Versuchung gerät, wegzuschauen, wenn die Fakten unbequem werden, wenn Populisten lautstärker sind als die Vernunft – dann braucht Demokratie Menschen, die standhaft sind, klar sprechen und trotzdem die Brücken nicht abreißen lassen. Maja Göpel ist eine solche Persönlichkeit.“ Maja Göpel machte in ihrer Rede deutlich, dass die Grundlagen demokratischer Gesellschaften zunehmend unter Druck geraten und warnte vor den aktuellen Entwicklungen im digitalen Raum: „Wir erleben derzeit, wie Desinformation, Polarisierung und digitale Plattformlogiken genau diese Grundlagen angreifen.“ Vor diesem Hintergrund stehe Europa vor der Aufgabe, demokratische Räume und verlässliche Informationen zu sichern und zugleich eine Zukunftsvision zu entwickeln. Für Dr. Peter Kurz, Vorstandsvorsitzender der Carlo-Schmid-Stiftung, ist die durch diesen Preis beförderte Idee der Stärkung der liberalen politischen Kultur angesichts der aktuellen Bedrohungen der Demokratie wichtiger denn je. Maja Göpel leiste mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit und ihrer außergewöhnlichen Vermittlungsfähigkeit einen wichtigen Beitrag zum rationalen Diskurs und damit zur Sicherung der Demokratie.



Foto: Carlo-Schmid-Stiftung

EU-Schulprojekttag am MPG



Jedes Jahr im Frühjahr werden Abgeordnete bundesweit zum EU-Schulprojekttag eingeladen, um in ihrem Wahlkreis mit Schülerinnen und Schülern über die EU und europäische Politik zu diskutieren. Dieses Jahr führte den Heidenheimer SPD-Landtagsabgeordneten Andreas Stoch sein Weg an das Max-Planck-Gymnasium in Heidenheim. Mehr als 120 interessierte Schülerinnen und Schüler der Klassen neun bis elf versammelten sich dazu in der Mensa und konnten ihre Fragen an den Abgeordneten stellen. Andreas Stoch, der zugleich Vorsitzender des SPD-Landesverbands ist und einige Jahre Kultusminister in Baden-Württemberg war, beleuchtete die Rolle und Aufgabe Deutschlands in der EU und beantwortete dabei Fragen zur Debatte um das „Verbrenner-Aus“, gestiegene Energiepreise, ein Tempolimit und die mit der geopolitischen Lage verbundenen Zukunftsängste, die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Verteidigungsfähigkeit der EU. Deutlich machte er dabei, wie wichtig es ihm ist, regelmäßig mit jungen Menschen im Austausch zu sein und diese für Politik und Demokratie zu sensibilisieren. „Demokratie ist anstrengend! Jeder Einzelne muss verantwortlich entscheiden“, betonte Stoch. „Dafür braucht es Information und Kommunikation.“ Als Landespolitiker forderte er mehr Mut in der Politik: „Mit kleinen Schritten werden wir die wichtigen und notwendigen Veränderungen nicht schaffen.“

(Foto und Bericht von BOGY-Praktikantin Pia Schmachtel)

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321 / 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de